

Kurz vor seinem
Ruhestand sorgt Bischof
Abromeit noch für Wirbel.

»Israel sitzt am längeren Hebel«

Der Greifswalder Bischof Hans-Jürgen Abromeit steht unter Antisemitismusverdacht. In einem Vortrag kritisierte er eine »Überidentifikation« der Deutschen mit Israel, seine Kirche ging auf Distanz. Was ist dran am Vorwurf?

»Meine Kritik richtet sich nicht gegen den Staat Israel, sondern gegen das, was die Regierung Israels aus dem Friedensprozess gemacht hat.«

Zur Person

Hans-Jürgen Abromeit, Jahrgang 1954, ist evangelischer Bischof für Mecklenburg und Pommern. Sein Sprengel mit Sitz in Greifswald ist Teil der evangelischen Nordkirche, mit Landesbischöfin Kristina Kühnbaum-Schmidt an der Spitze eine von 20 Gliedkirchen der EKD. Nach dem Studium in Wuppertal und Heidelberg machte Abromeit als Vikar ein Jahr lang Station an der Erlöserkirche in Jerusalem und ist gegenwärtig Vorsitzender des evangelischen Jerusalemvereins. Im August sprach er beim freikirchlichen Kongress der Deutschen Evangelischen Allianz im thüringischen Bad Blankenburg. Kritisiert wurde vor allem seine Äußerung: »Aus dem Schuldbewusstsein der Deutschen folgt eine Überidentifikation mit dem Staat Israel.« Die Nordkirche distanzierte sich, es handle sich um eine Privatmeinung.

Christ&Welt: Herr Abromeit, in einem Vortrag sprachen Sie von einer »Überidentifikation« der Deutschen mit Israel. Nachvollziehbar, dass Sie dafür heftig kritisiert wurden. Was meinten Sie damit?

Hans-Jürgen Abromeit: Mir liegt nichts an der Terminologie. In Deutschland wurde sehr lange die Schuld an den Juden verdrängt. Meine Generation hat erst in den Siebzigerjahren verstanden, dass die eigenen Eltern, die Großeltern, beteiligt gewesen sind. Man befand sich ganz zu Recht besonders betroffen. Das führte zu einer starken Identifikation mit Israel, mit dem, was Juden unter uns erlitten haben. Wir hatten das dringliche Bedürfnis, etwas wieder gutzumachen. Die Perspektive der Palästinenser rückte erst viel später ins Bewusstsein. Zu einem fairen Blick auf beide Seiten des Konflikts führt das aber nicht.

C&W: Wofür das Stichwort steht, dabei bleiben Sie?

Abromeit: Ich beobachte, dass es für uns Deutsche aufgrund unserer Geschichte schwierig ist, in diesem Konflikt ein neutraler beziehungsweise fairer Beobachter zu sein. Das ist kein Vorwurf. Meine Generation hat die Schuld der Eltern und Großeltern benannt und wollte Verantwortung übernehmen. Als Folge der Schoah gab es dort, wo ich aufgewachsen bin, keine jüdischen Mitbürger. Ich habe im Studium jede Gelegenheit genutzt, das Judentum besser kennenzulernen, habe an der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg Vorlesungen gehört, in Synagogen Gottesdienste besucht. Die intensive Auseinandersetzung mit der religiösen Seite hat uns aber auch den Blick für die reale Seite versperrt, unter der die palästinensischen Christen und mit ihnen das ganze palästinensische Volk leiden, was mir erst Anfang der Achtzigerjahre als Vikar in Jerusalem vor Augen geführt wurde.

C&W: Die Sicherheit Israels gilt als deutsche Staatsräson. Halten Sie das vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte nicht für angemessen?

Abromeit: Staatsräson; das ist ein großes Wort. Was hat Israel von einer solchen Erklärung? Das ist

eine Nebelkerze, die doch eigentlich meint: Wir haben als Deutsche gegenüber Israel eine große Verantwortung.

C&W: Die sich beispielsweise in Waffenlieferungen konkretisiert.

Abromeit: Aber würde das auch einen Bundeswehreininsatz rechtfertigen? Mir ist das Wort zu ungenau. Das Eintreten für die Sicherheit der israelischen Bürgerinnen und Bürger und die Sicherheit des israelischen Staates ist eine Verpflichtung für jedes Deutschland, jetzt und auch in Zukunft. Ich sage aber auch: Wir haben auch eine Verantwortung für die Bürger Palästinas. Verantwortung nur für eine Seite bedeutet immer eine Schiefelage. Mit dem Theologen Helmut Gollwitzer gesprochen: »Wer für Israel denkt, muss auch für die Palästinenser denken, für dieses geschundene Volk. Wer nicht für beide Seiten denkt, fördert den Krieg.«

C&W: Der israelbezogene Antisemitismus nimmt hierzulande zu, das zeigen verschiedene Studien.

Abromeit: Sie müssen sehen, wo ich diesen Vortrag gehalten habe: in einer Arbeitsgruppe der 124. Jahreskonferenz der Deutschen Evangelischen Allianz. In diesem Kontext ist die Position meines Vortrags keinesfalls Mehrheitsmeinung. Beispielsweise wird unter den »Sächsischen Israelfreunden« gerne mal eine alttestamentliche Stelle herangezogen, wo Gott Abraham das Heilige Land verheißt, um die Vertreibung der Palästinenser zu rechtfertigen. Da wollte ich einen Kontrapunkt setzen.

C&W: Sie hatten eher Schelte für zu wenig Israel-Freundlichkeit erwartet?

Abromeit: Ganz genau. Ich wollte so genau wie möglich die Genese des Konflikts darstellen. Teile meines Vortrags wurden dann aber aus dem Kontext gerissen und skandalisiert. Wer den ganzen Vortrag gehört oder gelesen hat, sieht keinen Anhaltspunkt dafür.

C&W: Die orthodoxe Rabbiner-Konferenz sprach von »ungeheuerlichen Äußerungen«.

Abromeit: Auch bei Jüdinnen und Juden ist das Feld politischer Einstellungen weit. Mich erreich-

ten ebenso positive Rückmeldungen aus der jüdischen Gemeinde.

C&W: Öffentlich wurde nur die Empörung.

Abromeit: Kritische jüdische Menschen, die auch dem linken und Friedenslager zuzurechnen sind, identifizieren sich durchaus mit meinem Beitrag. Ich möchte nicht ungefragt aus den Zuschriften zitieren. Ich habe versucht anzudeuten, dass auf beiden Seiten Schuld liegt. Es ist der Versuch eines fairen Gesprächsbeitrags.

C&W: Sie sprachen von einem »Geburtsfehler des Zionismus«. Ist das nicht eine Infragestellung des Existenzrechtes Israels?

Abromeit: Ich versuche nur die Genese des Konflikts zu verstehen. Es ist doch bitter, dass große jüdische Denker wie Martin Buber sich mit ihrer Vision eines binationalen Staates nicht durchsetzen konnten. Die Unabhängigkeitserklärung Israels – die ich übrigens für ganz großartig halte

»Es gibt natürlich keine schnellen Lösungen. Der Konflikt ist extrem komplex.«

– betont noch die Rechte des anderen Volkes, das im gleichen Land lebt. Das ging in den letzten Jahrzehnten immer mehr unter. Selbst der Israel nächstehende Politologe Michael Wolffsohn spricht in seinen Büchern von einer israelisch-arabischen Lücke, dass nämlich selbst im Staatsgebiet Israels die arabischen Siedlungsgebiete nicht gleichermaßen gefördert werden.

C&W: 20 Prozent der Israelis sind Araber und bekleiden auch hohe Staatsämter.

Abromeit: Trotzdem herrscht keine gleiche Möglichkeit der gesellschaftlichen Teilhabe für die palästinensische Bevölkerung. Noch komplizierter ist es in den besetzten Gebieten.

C&W: Ist der Konflikt nicht etwas zu kompliziert für ein einfaches Einerseits-Andererseits?

Abromeit: Es gibt natürlich keine schnellen Lösungen. Der Konflikt ist extrem komplex. Aber wir müssen doch sehen, dass es spätestens seit der zweiten Intifada keine Fortschritte im Friedensprozess mehr gibt. Meine Kritik richtet sich nicht gegen den Staat Israel, sondern gegen das, was die gegenwärtige Regierung Israels aus dem Friedensprozess gemacht hat.

C&W: Und dafür ist allein Israel verantwortlich?

Abromeit: Es ist auch Israels Verantwortung. Ich denke an David Grossman, der gesagt hat: »Im Moment ist Israel eine Festung, aber keine Heimat. Damit es Heimat wird, müssen wir auch Heimat schaffen für das andere Volk, das hier lebt. Nur, wenn auch die Palästinenser ihren Ort gefunden haben, werden wir eine Zukunft im Orient haben.«

C&W: Sie lassen unerwähnt, dass Israel ständigem Raketenbeschuss ausgesetzt ist, dass gleich mehrere Staaten mit dessen Auslöschung drohen, Sie verkürzen den Konflikt auf zwei Parteien – von denen eine ziemlich gut und die andere arg schlecht wekommt. Was ist mit der Verantwortung der Palästinenser für die aktuelle Lage, ihren Bemühungen für die Entschärfung des Konflikts?

Abromeit: Israel hat mit Ägypten einen Friedensvertrag und mit Jordanien, Israel hat sehr gute Beziehungen zu Saudi-Arabien, ein wichtiger Geldgeber in dem Konflikt. Ich bin stark geprägt durch den Friedensprozess Anfang der Neunziger. Jitzchak Rabin hat es gewagt, Gespräche mit dem Feind zu führen, weil er wusste, dass nur so Frieden werden kann. Es bedarf mutiger Schritte beider Seiten. Das Versagen der palästinensischen Administration liegt darin, dass sie es nicht geschafft hat, tragfähige staatliche Strukturen aufzubauen, dass sie etwa die Korruption nicht ausreichend bekämpft. Die Palästinenser sind gespalten zwischen Hamas und Fatah und bringen seit vielen Jahren keine gewählte Vertretung zustande. Die Raketen aus dem Gazastreifen sind moralisch nicht haltbar, trotz Abriegelung. Dennoch sehe ich

Fortsetzung auf Seite 4

Trotz Vorwürfen will Hans-Jürgen Abromeit ein Freund Israels sein.

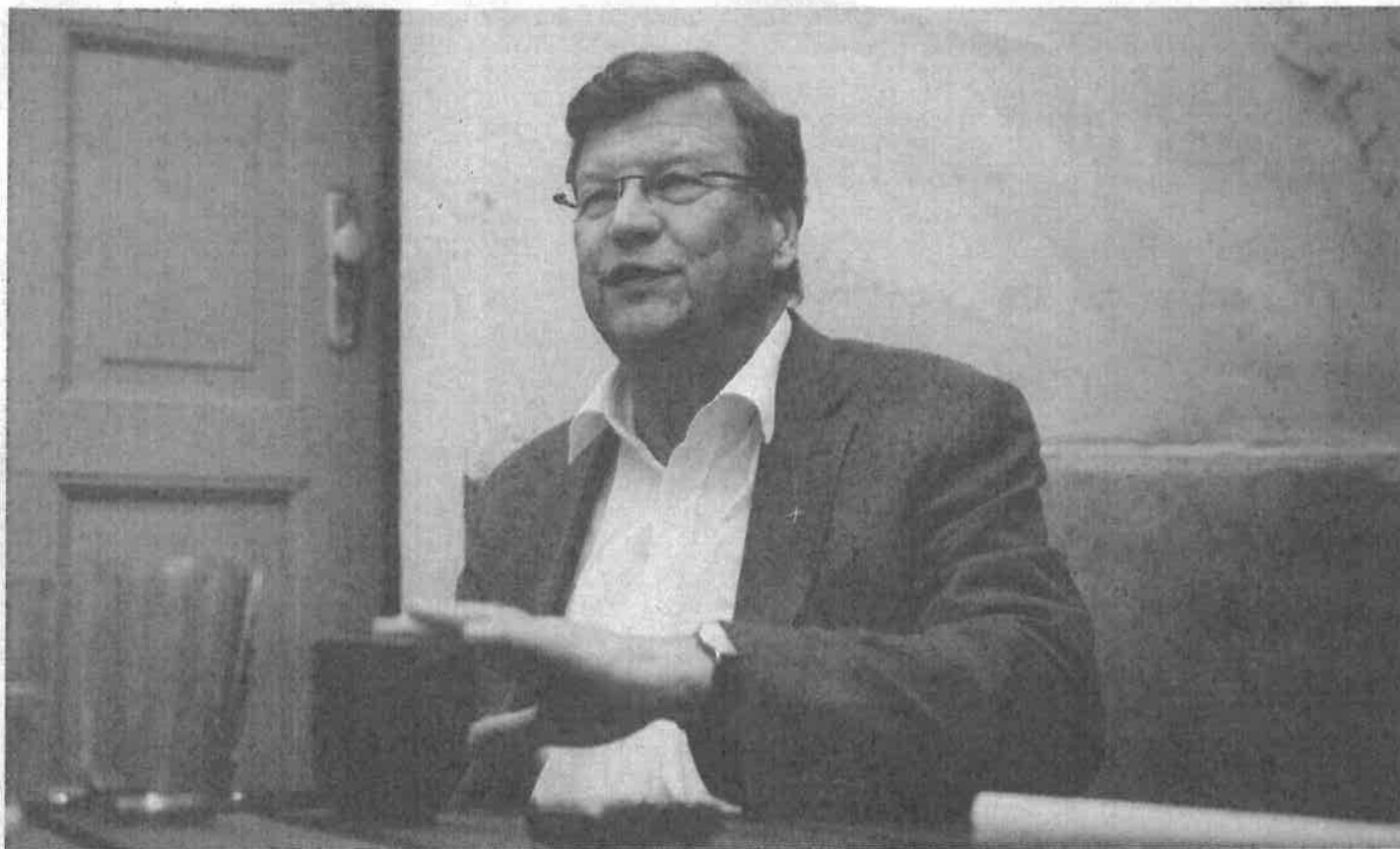


Foto: Jacobia Dahm

Fortsetzung von Seite 3

nach 40 Jahren, die ich diesen Konflikt nun schon beobachte, dass Israel am längeren Hebel sitzt.

C&W: Sie halten Israel für den Aggressor?

Abromeit: Nein, aber Israel ist der stärkere Partner. Man hat als Besatzungsmacht auch eine Verpflichtung für die Sicherheit der dort lebenden Bevölkerung. So habe ich zu einer christlichen arabischen Familie Kontakt gehabt, deren 13-jähriger Sohn bei einer Demonstration gegen die israelische Besatzung durch einen Kopfschuss getötet wurde.

C&W: Sie kennen viele Beispiel palästinensischen Leids, aber die Raketen ...

Abromeit: ... habe ich vehement verurteilt. Natürlich kenne ich auch Beispiele israelischen Leids. Die Organisation »Parents-Circle« führt israelische und palästinensische Eltern zusammen, die ein Kind in diesem Konflikt verloren haben. Solche Begegnungen gibt es viel zu selten, dabei wäre es für eine gemeinsame Zukunft wichtig, die Gegenseite wahrzunehmen und zu verstehen. Es gibt zum Glück auf der israelischen Seite genug Menschen, die leidenschaftlich für Menschenrechte und Gerechtigkeit eintreten. Meine Kritik richtet sich deshalb gegenwärtig in der Tat zuerst an die israelische Regierung, wo diese Bemühungen keinen Widerhall finden.

C&W: Ist es an einem deutschen Bischof, der israelischen Regierung Tipps zu geben?

Abromeit: Ich gebe keine Tipps, ich versuche zu verstehen und Einseitigkeit zu vermeiden. Wir

Abromeit: Viele Juden glauben, Gott habe ihnen geboten, in diesem Land zu siedeln. Ich kenne auch Rabbiner, die das anders sehen. Aber diese Überzeugung respektiere ich als eine Formulierung jüdischen Selbstverständnisses. Mein Vortrag aber richtet sich an Christen, mit der Frage: Ist das auch unsere Auffassung? Das Neue Testament kennt keine solche positive Aufnahme der Landverheißung. Im Gegenteil, wir Christen glauben, das Heil liegt allein in der einmaligen Beziehung zur Person Jesu Christi.

»Das Besondere an Freundschaften ist doch, dass man sich die verschiedenen Wahrnehmungen zumuten kann.«

C&W: Verstehen wir Sie richtig: Sie wollen als Bischof in Bezugnahme auf das Neue Testament Juden sagen, dass sie gar nicht unbedingt in Israel siedeln müssen?

Abromeit: Die jüdische Theologie definiert sich selbst. Ich kann jüdischen Menschen nicht vorschreiben, was sie theologisch zu denken haben.

meinschaft, wo die Verheißung an Abraham auch für Christen so gedeutet wird, dass manche von ihnen sich sogar berufen fühlen, in jüdische Siedlungen zu ziehen. Dass es dafür keine theologische Grundlage gibt, das wollte ich sagen.

C&W: Ihre Landesbischöfin hat sich von Ihrem Vortrag distanziert, ihn als Privatmeinung deklariert. Inwiefern hat ein Bischof eine Privatmeinung?

Abromeit: Ich erlaube mir, eine persönliche Meinung zu haben und diese auch in den Dialog einzubringen. Die Landesbischöfin und ich haben noch mehrmals danach miteinander gesprochen und sie hat klargemacht, dass sie sich nicht von mir als Person distanziert, sondern von dem Begriff der Überidentifikation.

C&W: Sie haben sich im Nachhinein als Israelfreund bezeichnet. Was hat Israel von einem Freund wie Ihnen?

Abromeit: Ich würde Freundschaften nicht zwecken wollen. Das Besondere an Freundschaften ist doch, dass man im Lauf der Zeit miteinander einen Weg geht, beieinander bleibt und sich auch die verschiedenen Wahrnehmungen zumuten kann. In diesem Sinne nenne ich Menschen auf beiden Seiten meine Freunde.

C&W: Sie weisen damit auch den Vorwurf des Antisemitismus von sich.

Abromeit: Das muss ich nicht. Einer meiner Söhne rief mich aus Australien an, wo er lebt, und sagte: Bei jedem Besuch in Israel hast du uns die

Hilft ein neues Amt?

Die evangelische Kirche wird immer wieder mit Antisemitismus-Vorwürfen konfrontiert. Jetzt soll es ein neuer Beauftragter richten **VON HANNES LEITLEIN**

Wenn der Rat der Evangelischen Kirche an diesem Freitag über die Einrichtung eines Antisemitismusbeauftragten diskutiert, wird er sich zunächst mit unangenehmen Fragen beschäftigen müssen: Warum eigentlich fallen ausgerechnet die Protestanten immer wieder mit antijüdischen und antiisraelischen Ressentiments, zum Teil mit sehr klarem Antisemitismus auf? Sind Entgleisungen wie die eines Heidelberger Theologieprofessors oder der umstrittene Vortrag des Nordkirchen-Bischofs Hans-Jürgen Abromeit Einzelfälle oder steckt mehr dahinter: Ist die anti-jüdische Tradition seit Martin Luther womöglich auch in der evangelischen Kirche von 2019 noch immer präsent?

Es ist ja nicht das erste Mal, dass es zu einer Häufung antisemitischer Vorwürfe gegen die evangelische Kirche kommt. Im vergangenen Frühjahr befürwortete ein EKD-Vertreter den Echo für antisemitische Rapper und ein jüdischer Landesverband sagte die gemeinsame Israelreise mit der rheinischen Landeskirche ab, weil sie in deren Festschrift zum 70-jährigen Bestehen Israels antiisraelischen Antisemitismus vorfand.

Eine Rede zum Nahostkonflikt hatte nun Bischof Hans-Jürgen Abromeit den Vorwurf des Antisemitismus eingebracht. Die »Bild«-Zeitung schrieb: »Bischof hält Anti-Israel-Rede!« Insbesondere dessen Formulierung von einer »Überidentifikation« Deutschlands mit Israel sorgte inner- und außerhalb der Kirche für massiven Ärger. Die orthodoxe Rabbinerkonferenz sprach von »ungeheuerlichen Äußerungen«, die sowohl in ihren theologischen als auch in ihren politischen Aussagen vielem widersprächen, was der christ-

unabhängig von den Strukturen nicht verurteilen könnte. Stattdessen beruft man sich hier wie da auf frühere Stellungnahmen, Denkschriften und Pressemitteilungen. Der Ratsvorsitzende wollte sich zu den Vorwürfen nicht äußern, das sei Sache der Landeskirchen. Man setze sich aber kontinuierlich mit Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus auseinander. Dazu gehöre auch der Blick auf entsprechende Tendenzen in den eigenen Reihen.

Dass die evangelische Kirche ein antisemitisches Erbe verwaltet, hat sie nicht erst während des Reformationsjubiläums 2017 mehrfach bekannt, sie hat sich in den vergangenen Jahrzehnten mit Denkschriften und Schuldbekennnissen auch redlich um Aufarbeitung und Überwindung bemüht und tut dies weiterhin; zuletzt Ende 2017 mit einer Broschüre unter dem Titel »Antisemitismus – Vorurteile, Ausgrenzungen, Projektionen und was wir dagegen tun können«. Dass sie sich nun mit der Einrichtung eines Antisemitismusbeauftragten beschäftigt, könnte Indiz für die Erkenntnis der Kirchenleitung sein, dass es mit all den Positionspapieren nicht getan ist. Ob es ein Antisemitismusbeauftragter richten kann?

Der kurhessische Bischof Martin Hein ist einer der Befürworter des neuen Amtes. Was in der Gesellschaft virulent sei, erreiche auch Kirchengemeinden, »also auch der wachsende Antisemitismus«, sagte er im Interview mit dem Evangelischen Pressedienst. Unterstützt wird die Initiative von Felix Klein, dem Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung – und nun auf Christ&Welt-Anfrage hin auch von Josef Schuster, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Juden in Deutschland. Zwar habe sich die EKD auf vielen